



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Niederschrift

33. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin:	Dienstag, 25.10.2011
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	20:00 Uhr
Ort, Raum:	Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Michael Schröder CDU/ANW

Ausschussmitglieder

Frau Gudrun Hofmeister	DIE LINKE	
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	Teilnahme ab 17:40 Uhr
Frau Hannelore Knoblich	SPD	Teilnahme von 17:40 Uhr bis 19:45 Uhr
Frau Dr. Manja Orlowski	SPD	
Herr Andreas Menzel	Bündnis 90/Die Grünen	Teilnahme bis 19:25 Uhr
Frau Anja Heigl	Die Andere	
Frau Ute Bankwitz	BürgerBündnis	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Volker Klamke SPD Teilnahme bis 19:25 Uhr für Frau
Michalske-Acioglu

sachkundige Einwohner

Herr Hans-Joachim Ziebarth	CDU/ANW	
Frau Sabine Bittrich	Migrantenbeirat	
Herr Florian Engels	SPD	Teilnahme bis 19:10 Uhr
Frau Kathleen Krause	SPD	
Frau Beate Kruczek	FDP	
Herr Dr. Alexander Steinicke	DIE LINKE	
Herr Sven Stolpe	DIE LINKE	Teilnahme bis 19:10 Uhr
Herr Sandro Szilleweit	Die Andere	Teilnahme ab 19:40 Uhr

Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski

Gast

Herr Dietmar Weiberlenn	FB Bildung und Sport
Frau Heike Lupuleak	Musikschule
Herr Bernd Richter	KIS
Herr Norbert Schweers	FB Kinder, Jugend u. Familie
Herr Eckhard Dörnbrack	Staatl. Schulamt
Frau Dr. Corina Wartenberg- Zschuppe	Potsdamer Ruderge- sellschaft e. V. (PRG e. V.)
Frau Kathrin Fischer	PRG e. V.
Herr Andreas Klemund	LSH Potsdam GmbH
Herr Tobias Borstel	Polarstern e. V.
Frau Mandy Kayser	Polarstern e. V.
Herr Werner Lindner	SL Käthe-Kollwitz- Oberschule
Herr Florian Förster	§ 13 e. V.
Frau Angela Frevert	Kreisschulbeirat
Frau Hella Drohla	Gast
Herr Dr. Hartmut Böhm	Bürgeraktiv Drewitz
Herr Kraetzig	Hoffbauer-Stiftung
Herr Larsen Hähle	SL OSZ I Potsdam
Frau Bettina Hilbert	OSZ I Potsdam
Frau Christiane Ohlert	SL Coubertin Ober- schule
Herr Frank Lehmann	Schule am Nuthetal
Frau Grit Meinhold	SL Grundschule Hanna v. Pestalozza
Herr Martin Burkhardt	SL Weidenhof- Grundschule
Frau Anne Pichler	Stadtsportbund
Herr Dirk Albrecht	GB 2
Herr Michael Kroop	GB 2
Herr Ralf Becker	FB 35
Herr Guido Burek	§ 13 e. V.
Herr Schenke	PNN
Herr Klein	MAZ

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Olga Schummel	DIE LINKE	nicht anwesend
Frau Anke Michalske-Acioglu	SPD	entschuldigt
Frau Martina Engel-Fürstberger	FDP	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Frau Inge Stab	Grüne/B90	nicht anwesend
----------------	-----------	----------------

Schriftführer/in:

Frau Wildgrube, Gudrun, Fachbereich Schule und Sport

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.09.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Erhalt des Rudersports auf dem Gelände des Seekrugs
Bezug: Schreiben von Mitgliedern der Potsdamer Ruder-Gesellschaft e. V.
- 4 Nutzungsmöglichkeiten für Rollsport- und Inlinesportvereine in der Landeshauptstadt Potsdam
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 5.1 Evaluation des gesamten Systems Potsdamer Schulsozialarbeit
Mitteilungsvorlage: 11/SVV/0684
FB Kinder, Jugend und Familie
 - 5.2 Schulsozialarbeiter
Vorlage: 11/SVV/0122
Fraktion DIE LINKE
 - 5.3 Beirat für Begleitung Bauvorhaben Stadtteilschule
Vorlage: 11/SVV/0483
Fraktion CDU/ANW
 - 5.4 Freie Schulen erhalten!
Vorlage: 11/SVV/0677
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
gemeinsame Behandlung mit DS 11/SVV/0702
 - 5.5 Schulen in privater Trägerschaft
Vorlage: 11/SVV/0702
Fraktion FDP
gemeinsame Behandlung mit DS 11/SVV/0677
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
 - 6.1 Sachstand Brandschutzkonzept Jägerstraße 3-4
 - 6.2 Information zur Zeitschiene weiterführende Schule im Bornstedter Feld
- 7 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.09.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Schröder gratuliert Frau Lupuleak, die als Leiterin der Musikschule bestellt wurde. Es werden ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit festgestellt. TOP 5.3 könne entfallen, da er als Antragsteller den Antrag zurückgezogen hat. In die Stadtverordnetenversammlung am 02.11.2011 werde ein neuer Antrag eingebracht.

Es verliest die vorliegenden Anträge auf Rederecht, um darüber abzustimmen. Anträge liegen vor, zu TOP 3 für Frau Dr. Wartenberg-Zschuppe und Frau Fischer von der Potsdamer Rudergesellschaft e. V., sowie für Herrn Klemund von der Luftschiffhafen Potsdam GmbH. Zu TOP 4 für Herrn Borstel vom Verein Polarstern. Zu TOP 5.1 für Herrn Förster vom § 13 e. V. und Herrn Lindner, Schulleiter der Käthe-Kollwitz-Oberschule. Zu TOP 5.4 und 5.5. für Herrn Kraetzig von der Hoffbauer-Stiftung.

Die Ausschussmitglieder stimmen den Anträgen auf Rederecht zu. Zur ausge-reichten Tagesordnung gibt es keine weiteren Änderungswünsche.

Herr Schröder verweist auf eine Redezeitbegrenzung von maximal 5 Minuten. Er fragt, ob es Änderungen oder Ergänzungen zur Niederschrift der Sitzung am 20.09.2011 gebe. Da das nicht der Fall ist, bittet er um Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt der Niederschrift der Sitzung am 20.09.2011 in der vorliegenden Fassung zu.

Abstimmungsergebnis: keine Gegenstimmen

zu 3 Erhalt des Rudersports auf dem Gelände des Seekrugs Bezug: Schreiben von Mitgliedern der Potsdamer Ruder-Gesellschaft e. V.

Frau Fischer trägt die Ziele der Vereinsarbeit für Kinder- Schüler-, und Jugendsport sowie Leistungs- und Breitensport vor.

Frau Dr. Wartenberg-Zschuppe verweist auf das Schreiben vom August 2011, mit welchem das Anliegen zur Unterstützung für den Erhalt des Seekrug-Geländes für die integrative Vereinsarbeit der Potsdamer Rudergesellschaft e. V. (PRG e. V.) an den Ausschuss für Bildung und Sport herangetragen wurde. In ihren Ausführungen erklärt sie, dass dieses Gelände für den Ruder- und Breitensport erhalten bleiben müsse.

Herr Schröder beendet die Redezeit. Mit Verweis auf das Klageverfahren möchte er wissen, wie man die von Frau Fischer vorgetragene Ziele, unter den schwierigen Bedingungen, erreichen möchte.

Frau Dr. Wartenberg-Zschuppe erklärt, dass die PRG e. V. Trägerverein für den Bundesstützpunkt sei. Der Verein suche die Zusammenarbeit zu Schulen und Hochschulen. Man wolle auch Angebote für ältere Bürger vorhalten. Rudern solle nicht nur Leistungssport, sondern für alle möglich sein. Diese Arbeit sei nur an diesem Standort möglich und Ansprechpartner sei die PRG e. V.

Herr Klemund ergänzt, dass zum 31.12.2011 alle Leistungssportler und Stützpunkttrainer aus der PRG e. V. ausgetreten seien. Richtig sei, dass die PRG derzeit Träger des Bundesstützpunktes sei. Das Gleiche beanspruche der Olympische Potsdamer Rudersportclub. Der Erhalt des Rudersports auf dem Gelände des Seekrugs wurde auch nicht in Frage gestellt, ebenso nicht der Pachtvertrag der PRG, der bis Ende 2014 läuft. Vom Cheftrainer sei dem Olympiastützpunkt zur Verbesserung der leistungssportlichen Bedingungen ein Raumkonzept übergeben worden und man habe geprüft, diese Bedingungen am Seekrug zukünftig umzusetzen zu können. Ohne gut funktionierenden Leistungssport stehen die Zuwendungen des Bundes für die Sportstättenförderung in Frage. Auf Grundlage des Masterplanes Luftschiffhafen wurde eine Projektstudie in Auftrag gegeben, um zu prüfen, ob es weitere Flächen für die Entwicklung des Rudersports gebe. Mit der aufgezeigten Projektstudie gebe es Kapazitäten, sodass ein Schüler der Sportschule bis zum Bundeskader trainieren könne. Das Projekt Neubau Ruderleistungszentrum am Luftschiffhafen ist an das MBS / BMI / DOSB herangetragen worden. Es sei nun am Verein (PRG), Vorschläge zu erarbeiten, wie das Gelände Seekrug zukünftig weiter genutzt werden solle.

Frau Bankwitz möchte wissen, wofür und wie viel Geld von Land bzw. Bund komme.

Herr Klemund erklärt, dass der Bund Mittel für Trainingsstätten Leistungssport (z. B. Ruderkasten) zur Verfügung stelle. Wenn es im Rudersport keine Bundeskader mehr gebe, falle die Unterstützung vom Bund weg.

Frau Bankwitz fragt, welche finanziellen Beiträge die Stadt leiste.

Herr Albrecht informiert, dass der Gesamtschuss der Stadt im Jahr 2010 für den Betrieb des Luftschiffhafens ca. 2,5 Mio. € betragen habe. Dieser gliedere sich auf für die Absicherung des Schulbetriebes, wozu es einen Mietvertrag mit der Luftschiffhafen Potsdam GmbH zur Schule und Mensa gebe und Zuwendungen für das Wohnheim. Zukünftig werde die Miete für die Sportmehrzweckhalle hinzukommen. Dazu kommen 677 T€ für den Geschäftsbesorgungsvertrag. Der reine Leistungssport werde durch Sportstättenförderung des Landes und des Bundes finanziert. Schulsport sichere die Stadt ab. Um die Fördermittel für das neue Ruderleistungszentrum zu erhalten, sind von der Stadt 780 T€ Eigenmittel erforderlich. Diese sind vom GB 2 als Mehrbedarf für den Investitionshaushalt 2012 angemeldet. Es liege nun die Information vor, dass es seitens des BMI / DOSB in die Planung 2013 verschoben wurde.

Herr Wollenberg verweist auf die komfortable Situation der Stadt Potsdam, so viele Bundes- und Landesstützpunkte zu haben. Er möchte wissen, ob mit den breitensportlichen Nutzern vorher gesprochen wurde und sie die Möglichkeit hätten, ihre Bedürfnisse für den Neubau anzumelden.

Herr Klemund informiert, dass die 1. Projektstudie ein Vereinszimmer und Trainingsbereiche für den Breitensport vorsah. Die Mehrheit habe sich für den Verbleib auf dem Gelände des Seekrugs ausgesprochen. Insofern wurde das Thema nicht weiter verfolgt.

Herr Wollenberg möchte wissen, wie es zu der 2. Projektstudie kam.

Herr Klemund erklärt, dass sich Breiten- und Leistungssport ergänzen und führt das Beispiel Kanusport an. Es sei jedoch nicht zwingend erforderlich, dass sich Leistungs- und Breitensport in einem Gebäude befinden. Es kam zu der Situation, dass Anwälte eingeschaltet wurden. Damit musste man umgehen.

Herr Schröder schließt den Tagesordnungspunkt ab und unterbreitet das Angebot, über die Sitzung hinaus als Partner zur Verfügung zu stehen. Die PRG e. V. könne sich an den Ausschuss für Bildung und Sport und an den Luftschiffhafenbeirat wenden.

Frau Dr. Wartenberg-Zschuppe dankt für das Angebot und gibt zu verstehen, dass sie anderer Auffassung als Herr Kelmund sei.

zu 4

Nutzungsmöglichkeiten für Rollsport- und Inlinesportvereine in der Landeshauptstadt Potsdam

Herr Borstel reicht ein schriftliches Material aus. Er erklärt, dass der Verein nicht bei der Planung der Rollsportanlage mitwirken dürfe und die im ausgereichten Schreiben aufgeführten Fragen habe. Ein großes Problem sei die fehlende Überdachung. Es gebe ca. 800 Nutzer der Rollsportanlage. Diese könne auf Grund der fehlenden Überdachung nur von März bis Oktober genutzt werden. Wenn die Rollsportanlage im ÖPP Modell enthalten sei, könne man doch noch eine Überdachung berücksichtigen.

Herr Richter informiert, dass das Rollsportfeld Bestandteil der ÖPP- Ausschreibung zur Sanierung des Schulstandortes des Humboldt-Gymnasiums sei. Grundlage für die europaweite Ausschreibung war das vom Fachbereich Bildung und Sport erarbeitete Nutzerbedarfsprogramm. Demnach ist die Rollsportanlage fachgerecht zu sanieren oder zu ersetzen. Damit sei sicher, dass dieses Areal am Standort bleibe. Die Überdachung sei nicht Bestandteil der Ausschreibung. Bezüglich der Mitwirkung und Gestaltung befinde man sich noch im Verhandlungsverfahren. Zum Jahresende wolle der KIS der Stadtverordnetenversammlung eine Beschlussvorlage vorlegen. Sonderwünsche könne man nicht berücksichtigen.

Frau Dr. Orlowski möchte wissen, warum die Überdachung nicht in der Ausschreibung berücksichtigt wurde.

Herr Weiberlenn erklärt, dass der Fachbereich angehalten war, das Nutzerbedarfsprogramm so sparsam wie möglich zu halten. Das habe man für Schule und auch Sport getan. Dabei war dem Fachbereich der Status Quo wichtig.

Herr Richter ergänzt, dass bei ÖPP-Maßnahmen Kriterien zu beachten seien, um die Genehmigung der Kommunalaufsicht zu erhalten. Das heißt, es müssen Nachweise des Fachbereiches und des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport erbracht werden, die belegen, dass die Maßnahme zwingend notwendig

und unabweisbar sei.

Frau Dr. Magdowski fragt, ob im Rahmen des laufenden Verfahrens die Möglichkeit einer Nachplanung der Überdachung bestehe.

Herr Richter erklärt, das sei zeitlich schwierig. Die Schulprojekte würden nicht im Sommer 2012 fertig. Gegenüber der Kommunalaufsicht wäre die Finanzierung nachzuweisen. Diesbezüglich habe er Bedenken.

Herr Schröder möchte wissen, ob man die Überdachung als Nebenangebot abfragen könnte.

Herr Richter bejaht, verweist aber auf den Zeitverlust von mindestens 4 Wochen.

Frau Bankwitz verweist darauf, dass diese Sportart immer mehr Anhänger finde. Der Verein habe sich bereits am 9. Juni gemeldet. Sie verstehe nicht, warum man 5 Monate gewartet habe und jetzt sage, dass das Gesamtprojekt gefährdet sei.

Frau Dr. Magdowski erklärt, dass es sich um eine freiwillige Leistung handle. Man habe sich, um die Genehmigung insgesamt nicht zu gefährden, für Status Quo entschieden.

Frau Bankwitz fragt, von welchen Kosten bei der Überdachung auszugehen sei.

Herr Richter erklärt, dass er dazu einen Sachstand einholen müsse.

Herr Wollenberg informiert, dass diese im Schreiben der Verwaltung mit 100 T€ beziffert seien.

Herr Schröder erklärt, dass diese Kosten nicht im Investitionsplan enthalten seien. Es wäre ein Nebenangebot einzuholen und die Summe müsste in den Haushalt eingeordnet werden, um den Investitionsplan anzuheben.

Frau Knoblich versteht nicht, warum die Kommunikation mit dem Verein nicht früher stattgefunden habe, um abzuwägen was man in die ÖPP-Maßnahme einordnen könne.

Herr Schröder verweist darauf, dass für die Bedarfsplanung der Fachbereich Bildung und Sport zuständig sei.

Herr Weiberlenn erklärt, dass die Hauptsorge des Vereins war, wo künftig die Sportstätte sein werde. Für den Fachbereich war es wichtig das zu sichern. Man könne auch die drei von ÖPP-Projekten betroffenen Schulen nach ihren Wünschen fragen. Das wären pflichtige Aufgaben. Auch bei den Schulen ist das Raumprogramm mit Augenmaß erstellt worden. Man habe innerhalb eines Gesamtprojektes abwägen müssen.

Frau Krucsek verweist darauf, dass man auch ein Ausschuss für Sport sei. Sie fragt, was mit der Fläche in den Monaten passiere, in denen sie nicht genutzt werden kann. Man solle überlegen, ob eine Überdachung das aufwiegen könne.

Frau Dr. Orlowski spricht sich dafür aus, nicht das laufende ÖPP-Verfahren anzuhalten. Die Stadt sollte später kommunales Geld in die Hand nehmen.

Herr Klamke verweist darauf, die in den nächsten Jahren geplante Sanierung der

Turnhalle Heinrich-Mann-Allee zu beachten.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Informationen zur Kenntnis.

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 5.1 Evaluation des gesamten Systems Potsdamer Schulsozialarbeit Mitteilungsvorlage: 11/SVV/0684 FB Kinder, Jugend und Familie

Herr Schweers erklärt, dass mit der Mitteilungsvorlage ein Vorschlag des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie vorliege, wie künftig mit dem Thema umgegangen werden sollte. Zur Zeit seien in der Landeshauptstadt Potsdam 10 Schulen mit einem Sozialarbeiter ausgestattet. Dafür fallen 435 T€ für Personalkosten sowie Betriebs- und Sachkosten für den § 13 e. V. an. Bedarf haben 24 Schulen angemeldet. Die Lenkungsgruppe konnte sich nach der Evaluation nicht auf ein gemeinsames Votum verständigen. Aus Sicht der START GmbH gebe es drei Optionen:

Option I – Qualifizierung des Angebotes an den aktuellen Schulstandorten, d.h. man bleibt bei dem bestehenden System und verbessert es.

Option II – Erweiterung des Angebotes auf alle Schulstandorte/-formen, d. h. neben qualitativer Verbesserung insbesondere quantitative Erweiterung des Angebotes für alle bedarfsanmeldenden Schulen. Die Finanzierung für 10 Schulen beträgt derzeit ca. 390.000 €. Für 24 Schulen wären es 1.044.000 € und für 40 Schulen 1.740.000 €, jeweils zuzüglich Betriebs- und Sachkosten.

Option III – Priorisierung des Angebotes auf ausgewählte Schulen, d. h. dass Schulen mit dem nötigsten Bedarf mit den vorhandenen Mitteln betreut werden. Der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie schlage ein gesamtstädtisches Rahmenkonzept Jugendhilfe-Schule vor. In Potsdam gebe es ein gutes System von Kinder- und Jugendclubs. Zukünftig wolle man die finanziellen Mittel dorthin geben. Die Sozialarbeiter sollen dann mehr Vernetzung und Projekte durchführen. Damit wolle man einen Systemwechsel herbeiführen. Schulen wolle man stärker in die Verantwortung nehmen, ihre Probleme zu lösen. Der Jugendhilfeausschuss und der Unterausschuss Jugendhilfeplanung wollen einen Verfahrensvorschlag entwickeln, um 2013 zu beginnen.

Herr Förster informiert, dass man derzeit in Potsdam ein kooperatives Modell von Schulsozialarbeit habe. Es sei besser mit mehreren Leuten vor Ort zu arbeiten, insofern strebe man Kooperation mit den Jugendclubs an. Die Schulsozialarbeiter an den Schulen erfüllen eine Netzwerkfunktion und seien Türöffner für die Jugendhilfe. Es gebe Punkte, die verbessert werden müssen. 70 bis 80 % Einzelfallhilfe werden durch Sozialarbeiter des § 13 e. V. mit dem Jugendamt entwickelt. Wenn der Schwerpunkt verändert werden soll, müsse man sehen, wo die Ziele zu setzen seien.

Herr Lindner erklärt, dass er für die evaluierten Schulen spreche. Der Evaluationsbericht stand ständig unter Kritik der Schulleiter und entspreche nicht der Wahrnehmung der Schulen. Die START GmbH habe ständig negativ dargestellt. Dadurch sei der Vorschlag entstanden, dass die Trägerschaft der Sozialarbeit vom § 13 e. V. weggehe. Er führt aus, was Schulen von Schulsozialarbeit erwarten. Schulen brauchen den Schulsozialarbeiter mindestens 30 bis 40 Wochenstunden, da das betroffene Klientel wachse. Der Schulsozialarbeiter müsse vor Ort sein, um präventiv mit möglichst vielen Schülern arbeiten zu können. Schule

brauche den Schulsozialarbeiter für Einzelfallhilfe mit Lehrern und Eltern, als Berater für Lehrer, als Berater für Eltern, als Berater für Schüler, wenn Schüler den Lehrer nicht ansprechen wollen. Schule brauche den zugeordneten Schulsozialarbeiter, weil Jugendclubs ein anderes Bedienfeld haben. Der Vorschlag könne seitens der Schulen nicht mitgetragen werden. Er unterbreitet den Vorschlag, das Thema kritisch im Fachbereich Bildung und Sport in Form einer Schulleiterberatung zu beraten und bittet die Ausschussmitglieder, sich für die Pflichtaufgabe Schule und für einen externen Träger für die Schulsozialarbeit zu entscheiden.

Frau Dr. Orlowski fragt, wie viel Sozialarbeiter in Jugendclubs seien und wie man die Arbeit verbinden wolle. Das Land fördere Schulsozialarbeiterstellen. Wo befinden sich diese Stellen in der Landeshauptstadt Potsdam. Auch der Bund stelle für Potsdam Mittel für Schulsozialarbeit zur Verfügung.

Herr Schweers erklärt, dass vorgeschlagen werde, das Geld für Schulsozialarbeit ab Januar 2013 an die Kinder und Jugendclubs zu geben und von dort aus die Schulsozialarbeit zu betreiben. Es gebe in der Stadt 18 Kinder- und Jugendclubs. Diese bekämen zu ihren bisherigen 40 Sozialarbeiter/-innen weitere 10 hinzu. Damit könne man zum Thema Prävention viel mehr Schulen bedienen und auch Einzelfallhilfe geben. 20 Prozent werden vom Land finanziert. Das sei bei einem 50-Stellen-Programm für die Landeshauptstadt Potsdam ein geringer Teil. Insgesamt gebe man für Sozialarbeit 4 Mio. € aus. Aus dem Bildungs- und Teilhabepaket stehen für 2012 und 2013 je ca. 600 T€ zur Verfügung. Nach 2013 stehe das Geld nicht mehr zur Verfügung. Mit der Evaluation wolle man sinnvolle Projekte fördern, wie zum Beispiel 1 Stelle im Mädchentreff Zimtzicken sowie in der Medienwerkstatt und der Stadt- und Landesbibliothek. Die Stadtverordneten könnten sagen, man wolle das bestehende Modell weiterführen. Das bedeute aber, jedes Jahr zusätzliche Mittel einzustellen.

Herr Menzel bringt zum Ausdruck, dass er an jeder Schule Bedarf sehe. Er benötige eine ausführlichere Darstellung, um seine Zustimmung zu geben.

Herr Schweers erklärt, dass der Unterausschuss Jugendhilfeplanung ein Verfahren entwickeln solle. Es werde weitere Beratungen geben. Im Rahmen Inklusion werden weitere Herausforderungen auf die Kommune zukommen. Weitere Themen seien kommunale Bildung und Ganztage. Zur Zeit stütze man mit kommunalen Mitteln ein Schulsystem. Hier müsse die Stadt einen Weg finden, wie das zu tun sei.

Herr Wollenberg sieht in der Verschiebung der Sozialarbeit zu den Jugendclubs einen drastischen Systembruch. Wenn man sagt, das jetzige System Sozialarbeit leiste nicht genug, weil es von Einzelfallhilfe aufgeessen werde, wie soll es bei Reduzierung von Schulsozialarbeit funktionieren.

Herr Schweers erklärt, dass der Jugendclub auch in die Schule gehen könne.

Frau Knoblich schlägt vor, die Diskussion an anderer Stelle weiterzuführen.

Frau Dr. Magdowski begrüßt, dass sich der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie Gedanken über neue Entwicklungen mache. Das bedeute aber auch, neue Aufgabenstellungen für Jugendclubs. Sie schlägt vor, mit den Schulleitern darüber zu sprechen. Ihr Anliegen sei, auch bei geringen Ressourcen Lösungen zu suchen, wie man Schulen helfen könne, die jetzt keinen Sozialarbeiter haben. Sie sei interessiert daran, mit den Schulleitern ins Gespräch zu kommen und mit dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie ein Pilotprojekt zu initiieren.

Frau Krause äußert Bedenken. Jugendclubs werden in der Schulzeit nicht von Jugendlichen besucht und auch das Abendangebot sei wichtig. Ihr sei unklar, wie sich die Arbeit verlagern solle.

Herr Schweers informiert, dass in Leistungsverträgen beschrieben sei, was Jugendclubs tun. Wenn die Stellen an die Jugendclubs gehen, könne ein Jugendclub an zwei bis drei Schulen Projektarbeit durchführen. Außerdem können die Jugendlichen mit Problemen zum Sozialarbeiter kommen.

Frau Frevert gibt zu bedenken, dass Kinder Zeit brauchen, um Vertrauen zu einer Person aufzubauen. Schüler gehen nicht in Jugendclubs. Schön wäre mehr Geld für Sozialarbeit an allen Schulen.

Frau Bankwitz spricht sich dafür aus, auf das Votum der Schulleiter zu warten.

Herr Schröder erklärt, an der Diskussion sei zu erkennen, dass es noch Diskussionsbedarf gebe. Wenn der Unterausschuss Jugendhilfeplanung ein Ergebnis vorgelegt hat, sollte sich der Ausschuss für Bildung und Sport weiter mit dem Thema befassen.

zu 5.2 Schulsozialarbeiter
Vorlage: 11/SVV/0122
Fraktion DIE LINKE

Herr Wollenberg stellt den Antrag zurück, bis ein Ergebnis aus dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung vorliegt.

zu 5.3 Beirat für Begleitung Bauvorhaben Stadtteilschule
Vorlage: 11/SVV/0483
Fraktion CDU/ANW

Der Antrag wird durch den Antragsteller zurückgezogen.

zu 5.4 Freie Schulen erhalten!
Vorlage: 11/SVV/0677
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
gemeinsame Behandlung mit DS 11/SVV/0702

Herr Kraetzig geht auf den im Landtag eingebrachten Gesetzesentwurf ein und bringt zum Ausdruck, dass man hier gerade ein Missverständnis der Aufgaben von freien Schulen erlebe. Wenn dieses Gesetz beschlossen werde, passiere die Schädigung von bürgerschaftlichem Engagement. Die freien Schulen könnten reagieren, indem sie das Schulgeld in erheblicher Höhe anheben oder Lehrkräfte einsparen. Beides widerspräche jedoch dem Grundgesetz. Die Hoffbauer-Stiftung betreibe fünf Schulen in Potsdam. Dadurch werde die Stadt im Jahr um 1.761.444 € entlastet. Außerdem werden über 1000 Schüler mit Förderbedarf an der Berufsschule Theodor Hoppe und der Oberlinschule beschult. Er bittet die Ausschussmitglieder, den vorliegenden Antrag zu unterstützen. Er verweist auf eine Homepage, auf der sich viele Gemeinden positioniert haben und sich gegen das Gesetz aussprechen.

Frau Kruczek bringt den Antrag der Fraktion FDP ein.

Herr Weberlenn erläutert, dass Schulen in freier Trägerschaft seit Beginn der Schulentwicklungsplanung Bestandteil des beschlossenen Schulentwicklungsplanes seien. Sie werden gleichberechtigt in den Broschüren und Verzeichnissen aufgenommen, wenn sie es wünschen. Man habe die freien Schulen immer offen behandelt und als Bereicherung der Bildungsangebote wahrgenommen. Der Fachbereich Bildung und Sport sei der Auffassung, dass die Schulen in freier Trägerschaft zum Potsdamer Schulnetz gehören und dort bleiben sollten. Zum FDP-Antrag gebe es folgende Anmerkungen: Man müsse auch die Schlüsselzuweisungen des Landes berücksichtigen. Die Schüler auf öffentliche Schulen zu verteilen, wie in Punkt 4 vorgeschlagen, sei nicht praktikabel. Die in Punkt 3 geforderte Schätzung der Kosteneinsparung des Landes für pädagogisches Personal sei nicht möglich. Insofern bittet er die Punkte 2 bis 4 zu überdenken, da die Antworten durch den Fachbereich Bildung und Sport nicht lieferbar sind.

Herr Schröder lässt beide Anträge nacheinander abstimmen.

Frau Bankwitz und Frau Heigl haben die Abstimmung zur DS 11/SVV/0677 verpasst.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1	
Ablehnung:	4	
Stimmenthaltung:	0	Der Antrag wird abgelehnt.

zu 5.5 Schulen in privater Trägerschaft

Vorlage: 11/SVV/0702

Fraktion FDP

gemeinsame Behandlung mit DS 11/SVV/0677

Herr Schröder lässt den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	0	
Ablehnung:	5	
Stimmenthaltung:	2	Der Antrag wird abgelehnt.

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung

zu 6.1 Sachstand Brandschutzkonzept Jägerstraße 3-4

Herr Richter informiert, dass er vor einem Jahr die Durchführung der bautechnischen Brandschutzmaßnahmen im 1. Halbjahr 2011 zugesagt habe. Er bedauere, dass die Baumaßnahme nun auf Sommer 2012 verschoben werde und kann sich nur entschuldigen. In diesem Fall bittet er um Nachsicht.

Frau Lupuleak erklärt, dass diese Verschiebung den Nutzern schwer zu vermitteln sei.

Herr Richter sagt Unterstützung bei der Erklärung gegenüber den Nutzern zu.

zu 6.2 Information zur Zeitschiene weiterführende Schule im Bornstedter Feld

Herr Schröder erklärt, mit Verweis auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 02.11.2011, TOP 7.11, dass sich der Punkt erübrigt habe.

Herr Weiberlenn ergänzt, dass auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung sowohl der Beschluss zum B- Plan und auch der Beschluss zur Errichtung einer Gesamtschule im Bornstedter Feld stehen.

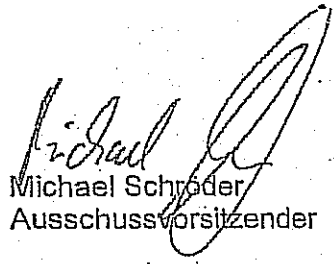
zu 7 Sonstiges

Herr Wollenberg verweist auf ein Rundschreiben zur Sicherheit der Kinder, welches die Schulen vom Fachbereich erhalten haben und fragt nach den Hintergründen.

Herr Weiberlenn erklärt, dass der Rundbrief an alle Schulen verschickt worden sei. Er enthalte Verhaltenshinweise und Empfehlungen an die Eltern und die Schule, wenn Kinder von fremden Personen angesprochen werden. Dies sei vorgekommen und der Fachbereich war der Meinung, die Schulleiter sollten über Verhaltensregeln informiert werden. Das Rundschreiben wird mit der Niederschrift an die Ausschussmitglieder übergeben.

Herr Weiberlenn informiert, dass man verabredet habe, im November einen Termin für die AG-Schulentwicklungsplanung festzulegen. Eingeladen wird ein Vertreter aus jeder Fraktion.

**Die Ausschussmitglieder verständigen sich auf folgenden Termin für die AG-Schulentwicklungsplanung:
Dienstag, den 15.11.2011, 17.00 Uhr im Haus 10 Raum 205.**


Michael Schröder
Ausschussvorsitzender


Gudrun Wildgrube
Schriftführerin